

Laale-Zeitung.

Einundfünfzigster Jahrgang.

Angaben... 11. März... 1917.

Bezugspreis... 1.10... 1917.

Nr. 108.

Halle, Montag, den 5. März

1917.

Deutscher Sturmervfolg an der Maas

Ueber 570 Franzosen gefangen und 16 Maschinen- und 25 Schnellladegewehre erbeutet. — 18 feindliche Flugzeuge heruntergeschossen. — Reiche U-Boots-Beute.

Der Zimmermannsche Gedanke.

Japan und Mexiko.

Der japanische Premierminister Motono soll dem Korrespondenten der Associated Press erklärt haben, die Vermutung, Japan könne sich mit Mexiko gegen Nordamerika verständigen, also der Gedanke des deutschen Staatssekretärs Zimmermann, sei — lächerlich. Nun, dann wäre alles lächerlich, was die Japaner, die sich von ihren Professoren gerne Abkömmlinge der alten Mexikaner nennen lassen, bisher an politischen Fäden in Mexiko gesponnen haben. Dann wäre alles lächerlich, was die Amerikaner bisher über die japanischen Absichten ausgetuschelt und an die große Glocke gehängt haben. Seit Jahr und Tag behauptet die amerikanische Presse, daß Japan die Magdalena-Bai in Nieder-Kalifornien dem Mexikanern abkaufen wolle, und aus dieser Verborgnis heraus hat ja der amerikanische Senat den Flottenstützpunkt erhoben, daß Japan niemals in Mexiko einen Flottenstützpunkt errichten dürfe. Seit Jahr und Tag jammern die amerikanischen Zeitungen über die japanische Massenemigration nicht nur nach Mexiko und den Philippinen, sondern auch über Mexiko nach Kalifornien. Noch vor dem russisch-japanischen Krieg hatte der damalige Präsident Roosevelt, als er die Gebirge des Stillen Ozeans besuchte, erklärt: „Dieses Meer soll ein amerikanisches Meer sein, weil unser Volk die einzige Kulturnation ist, die seine Ufer berührt.“ Aber schon im Jahre 1909 schrieb der Amerikaner Homer Lea: „Zeit heißt die Ausschaltung nur noch einer einzigen Macht für Japan übrig, um es zum Herrn des Stillen Ozeans zu machen. Diese Nation sind die Vereinigten Staaten. Japans Zukunft hängt ab von ihrer und weithin verteilten Macht in Ost Asien, welche strategisch so liegen, daß von ihnen aus die Handelsstraßen auf dem Stillen Ozean beherrscht werden.“ Was nicht die Andung von 4000 bewaffneten Japanern in der Tuzile-Bai, dem besten Hafen nördlich der Magdalena-Bai, der deutliche Versuch einer japanisch-mexikanischen Verständigung und der Anfang zur Verwirklichung eines großjapanischen Programms? Es war im Herbst 1914. Der japanische Kreuzer „Yama“, der mit dem Schlachtschiff „Sigen“ den Hafen Honolulu blockiert hatte, bis das kleine deutsche Kanonenboot „Geier“ glücklicherweise dorthin kam, und eines Tages erfährt die launische Welt, daß er dort auf Grund gelassen sei. Was hatte er dort zu suchen? Was hatten die Deutschen auch nicht. Andere Schiffe kamen, um den deutschen Kreuzer zu schützen, damit die deutschen Kriegsschiffe ihm nicht gefährlich werden könnten. Nach ein paar Wochen wurde das Kriegsschiff wieder abgeschleppt und fuhr heim. Es war ein Versuchsballon, den man hochgelassen hatte, um zu sehen, was die amerikanische Offizierswelt dazu sagen würde, wenn die Japaner dort unten sich eine Kohlenstation und einen Flottenstützpunkt errichten würden. Der Japaner weiß, was er den Amerikanern bieten darf, ohne eine scharfe Antwort zu erhalten, die von den Kanonen der amerikanischen Marine gesprochen würde. Der Panamakanal nicht nur was durch solchen einen Flottenstützpunkt an der mexikanischen oder kalifornischen Küste leicht gesperrt oder wenigstens so kontrolliert, wenn man nicht gleich nach Ausbruch der Krise ein dynamitbeladenes Schiff etwa im Culebra-Einsturz verfenkt, so daß die gesamte Schifffahrt wie jetzt unterbrochen wäre, sondern auch die Verbindung von San Francisco mit Hawaii und Manila wäre leicht zu unterbrechen und die vereinigten und schwachen amerikanischen Flotten im Stillen Ozean zu vernichten, ohne daß das Hauptgeschwader ihnen helfen könnte, weil es erst den langen Weg um Kap Horn nehmen müßte. Die logische Folge dieser ganzen japanischen Politik ist die Verständigung Tokio mit Mexiko, ja, die selbstgegründete Bundesgenossenschaft, ohne die Japan niemals in der Neuen Welt Fuß fassen könnte. Japanisch-mexikanische Interessen müßte Deutschland rechnen, als die Gefahr eines Konflikts mit der Union wieder die rückt. Man hätte der deutschen Regierung einen Vorwurf machen können, wenn sie die diplomatische Vorsorge in Mexiko nicht getroffen hätte. Der „Zimmermannsche Gedanke“ war der denkbar naheliegendste und vernünftigste. Lächerlich machen sich nur die Leute, die ihn als einen möglichst verächtlichen und untauglichen Objekte hinstellen möchten.

In der N. S. schreibt Georg Bornhardt, daß das deutsche Anerkennen Mexiko mit ostpreussischer Deutschtum ist bereits bekannt, was neuen Staatssekretärs offenbare. Im übrigen unterzieht er aber den diplomatischen Gedanken des Bündnisabkommens einer scharfen Kritik und er wendet diese Kritik ebenfalls auf die Möglichkeit an, daß der Zimmermannsche Vorstoß unterwegs verloren gehen konnte. Er schreibt: Es entsteht die Vorfrage, ob es überhaupt ratsam war, wie man es anscheinend tat, die Anweisung an den Grafen Bernstorff auf dringlichem Wege direkt nach Amerika zu geben. Gewisse Bedenken, die sich kurz vor der Abreise des amerikanischen Botschafters General abzeichneten, haben

Umtlicher Bericht der Seeresleitung.

WTB Großes Hauptquartier, 5. März.

Westlicher Kriegsschauplatz. Bei Harer Sicht war an vielen Stellen der Front die Gefechtsstärke gegen die Vortage geclievert. Nördlich der Somme griffen die Engländer nach hartem Feuer südlich des St. Pierre-Vaast-Waldes an. Nach hartem Kampf blieb ein Grabenstück am Wege Bouchavesnes-Moisains in ihrer Hand; im übrigen wurden sie zurückgeworfen. Auf dem Ostufer der Maas nahmen unsere Truppen die französische Stellung am Caucieres-Wald in etwa 1500 Meter Breite im Sturm und wiesen nördliche Geckenstraße ab. Auch an der Südoede des Fosses-Waldes wurde den Franzosen ein wichtiger Geländepunkt entziffen. Neben den blutigen Verlusten, die durch unsere über die gewonnenen Linien vorgehenden Erkunder festgestellt wurden, blühte der Feind 6 Offiziere, 572 Mann an Gefangenen, 16 Maschinen- und 25 Schnellladegewehre an Beute ein. In jeher zahlreichen Verlusten verloren die Gegner gestern 18 Flugzeuge, eins durch Abschuß von der Erde; unser Verlust beträgt 4 Flugzeuge. Auf dem Westlicher Kriegsschauplatz. und an der Mazedonische Front. Alles die Kampfstärke gering. Erster Generalquartiermeister Ludendorff.

Weitere große U-Boots-Erfolge

WTB. Rotterdam, 5. März. Die englischen Dampfer „Sunman“ (7400 Br.-Reg.-T.), „Clan Farquhar“ (5833 Br.-Reg.-T.), „Jolo“ (4000 Br.-Reg.-T.), „Donghu“ (3053 Br.-Reg.-T.), der französische Dampfer „Eclair“ (603 Br.-Reg.-T.), die Bark „Lamentine“ (725 Br.-Reg.-T.), das Motorschiff „La Japonne“ (2589 Br.-Reg.-T.), der Schoner „Marie Joseph“ (192 Br.-Reg.-T.), ebenso 11 französische Fischkutter und 2 Fischdampfer wurden versenkt. Der englische Dampfer „Clairfield“ (4229 Br.-Reg.-T.), sowie der Schoner „Susan E. Inopen“ sind als überflüssig gemeldet.

uns vermuten, wie gut es uns bekannt war, daß die Amerikaner unseren Telegrammschlüssel kannten. Herr Gerard selbst hat es seinen Freunden erzählt. Er muß mit uns annehmen, daß das amerikanische Amt im norddeutschen Halle alle Vorfrage getroffen hat, den Amerikanern die Kenntnisnahme zu erwidern. Diese Annahme würde zu der Folgerung führen, daß insolge besonderer Vorfall das Telegramm von den amerikanischen Stationen ungelassen an unseren Botschafter gelangte und daß das Unglück in Amerika geschehen ist. Im weiteren Verlaufe des Briefes schreibt Bernhardt: Es bleibt nur die Möglichkeit der Annahme offen, daß entweder auch der besondere Schlüssel, der zur Entzifferung dieser Depesche notwendig war, oder die Urkunde selbst in Washington gestohlen wurde. Auch das scheint zunächst ganz unabweislich, aber wir haben ja leider schon eine große Reihe ähnlicher Fälle zu verzeichnen gehabt. Der geflohenen Zimmermann-Brief würde sich während der Abreise anziehen, die Herr Geheimrat Albert in der Untergrundbahn liegen ließ, und dem belajenen Sechsbude, das unserm Militärattaché von den Engländern abgenommen worden ist. Es ist sehr viel Wertwürdiges während der Kriegszeit über die Geoglophie nach Europa gelangt, mit der auf der deutschen Botschaft in Washington und ihren Nebenstellen mit wichtigen amtlichen Schriftstücken verfahren sein sollte. Wir haben uns lange dagegen getraut, diese Dinge zu glauben, aber das, was sich jetzt abgepielt hat, zwingt uns nun doch dazu, solchen Vorwürfen etwas mehr Glauben zu schenken. Dieser Fall spricht Bände gegen das Schloß, und deshalb ist das deutsche Volk berechtigt, über die Angelegenheit Aufklärung bis ins einzelne zu fordern. Wir nehmen an, der Reichstag wird Bürgschaft dafür fordern, daß die Schuldigen zur Verantwortung gezogen werden. Man kann diesen Ausführungen nur zustimmen!

Zum Bündnisvorschlag an Mexiko.

Die Köln. Ztg. meldet hierzu aus Berlin, anscheinend von besonderer Seite inspiriert: Die agitatorischen Bemühungen können nicht die für die Beurteilung der deutsch-mexikanischen Angelegenheit maßgebende Tatsache veruntfunden, daß unser Angebot an Mexiko eine reine Defensivmaßnahme war für den Fall, daß die Vereinigten Staaten mit dem Krieg erklären würden. In unserer Bemühungen, mit den Vereinigten Staaten ein

friedlichem Fuße zu bleiben, kann nicht gezweifelt werden; sie liegen seit Jahr und Tag klar vor aller Augen. Eine Defensivmaßregel für den Fall einer amerikanischen Kriegserklärung kann unmöglich als ein Zeichen von Unfreundlichkeit geubtet werden. Solche politischen Verhältnismäßigkeiten sind doch wohl jedem Staate erlaubt und werden von jedem Staate getroffen. Das Ausschlaggebende in der Anweisung der deutschen Regierung an den Gesandten in Mexiko ist, daß sie in der Bedingungenform gestellt war. Daraus geht der Verteidigungscharakter unseres Schrittes hervor. Im übrigen steht der Regierung in Washington die Idee der moralischen Entzifferung schlecht an, denn es ist allgemein bekannt, daß sich diese Regierung seit geraumer Zeit aus laibhafte bemüht, die Neutralen der ganzen Welt gegen uns aufzuheben, und zwar nicht unter irgendeiner Bedingung, sondern ganz bedingungslos. Kürzlich hat die große argentinische Zeitung „La Prensa“ enthüllt, daß die Vereinigten Staaten schon im vorigen Jahre versucht haben, sämtliche südamerikanischen Republiken durch Vertreibung in den Krieg gegen uns hineinzuziehen. (Ebenso ist bekannt, daß die sich gänzlich unbegründeten) überaus scharfe Note Chinas gegen unsere U-Boots-Rote auf der letzten Druf Americas zurückzuführen ist, womit der Entente in die Hände gearbeitet wurde. Die Ausschlagung des deutschen Angebots an Mexiko trägt somit ganz den Charakter eines freiwilligen Hilfsunternehmens in Dienste der Entente, und hinter der scheinbar echten Unterstützung steht die bewusste agitatorische Ausnutzung eines Umstandes zur Aufspaltung der Stimmung gegen Deutschland, d. h. für England und Genossen.

Mexikanische Munitionsbestellungen.

Amerikanische Blätter vom Anfang Januar enthalten eine Depesche aus Tokio, worin mitgeteilt wird, daß Mexiko schon zu jeder Zeit in Japan Munition gekauft hatte, also nicht erst auf das „Anstiften“ Deutschlands zurückzuführen. In dem Telegramm heißt es: Oberst Carrizo und zwei andere Vertreter Carranzas sind in Japan anwesend, um Kanonen, Gewehre und Munition und einen Dampfer zu kaufen. Sie unterhandeln über den Ankauf eines 3000-Tonnen-Dampfers, der von einer neuangekauften Schiffszellkabinen gebarbeitet wurde. Der Dampfer ist tatsächlich von Yokohama nach Veracruz abgegangen mit einer großen Menge von Geschützen und Munition.

Der Telegrammverkehr zwischen Deutschland und der Union.

Auf eine kleine Anfrage des fortschrittlichen Reichstagsabgeordneten Dr. Hecker hat der Staatssekretär Zimmermann in Vertretung des Reichslandtags wie folgt geantwortet: „Der telegraphische Nachrichtenverkehr von Deutschland nach den Vereinigten Staaten von Amerika war gegenwärtig noch nie durch den Funksdienst der Transatlant. G. m. b. H. bedingt, der bisher von der amerikanischen Regierung nicht behindert worden ist. Außerdem beruhen die in Deutschland zurückgelassenen amerikanischen Korrespondenten weiter auf dringlichem Wege an ihre Zeitungen. Ebenso ist der Funksdienst des Westfälischen Telegrammbüros und deutscher Zeitungen von Amerika nach Deutschland bis jetzt von amerikanischer Seite ansehens nicht behindert worden. Demnach bestehen auch jetzt noch Nachrichtenverhältnisse zwischen den beiden Ländern, die von neither der noch der englischen Regierung unabhängig sind. Das Auswärtige Amt ist bestrebt, diese Dienste auszufestalten und zu vermehren.“

Das „deutsche Ungeheuer“.

WTB. Washington, 4. März. Im Senat fragte Senator Brandegee, ob die Amerikaner noch weiter ruhig zusehen und sich von dem deutschen Ungeheuer rücksichtslos zertampeln lassen würden. Der Krieg sei sicher, falls amerikanische Handelsstädte deutschen Unternehmungen in Sperrgebieten begegneten. Zu dessen Befehle bereits seit dem 1. Februar, als Deutschland den Krieg an die ganze Welt erklärt habe, ein Kriegszustand. Die Vereinigten Staaten hätten über die Frage der Lösung auf hoher See schon zu lange Worte gemacht. Der Kongreß müßte der Frage mit Mannlichkeit und ohne Zweifeln und Zwischenreden ins Auge sehen.

Freigabe der Gefangenen der Harzombale.

T. U. Basel, 5. März. Havas meldet aus Washington: Der Schweizerische Gesandte übermittelte der Regierung der Vereinigten Staaten eine Note der deutschen Regierung, in der die Freigabe der Gefangenen der Harzombale für den 7. März veröffentlicht wird. An diesem Tage löst die Maschine ab.

England in den ersten vier Wochen der Seesperre.

Es wäre durchaus verfehlt und kurzichtig, wenn man meinen wollte, daß die Wirkung der Seesperre auf die englische Volkswirtschaft schon in wenigen Wochen in einer Art wirtschaftlicher Revolution hätte zum Ausdruck kommen können. Vielmehr hat mancher Laie gemeint, die Bedrohung Englands durch die Seesperre werde lediglich zu einem weiteren ungeheuren Emporsteigen der Preise, zu einem sofortigen Verlegen der inneren Zufuhr auf einheimische Märkte führen. Eine solche Vorstellung wäre schon deshalb irrig, weil die Preise der Nahrungsmittel und einzelner wichtiger Rohstoffe schon vor der Seesperre einen außerordentlich hohen Grad erreicht hatten (man denke z. B. an den Weizenpreis von 400 Mark die Tonne gegen 150 Mark in Friedenszeiten); weil ferner die Lebensmittel in England noch vorräthig für eine gewisse Zeit vorhanden sein müßten, welche zu nicht einer übertriebenen Preishöhe entgegenwirken. Endlich aber bleibt auch zu bedenken, daß einzelne Preise, wie die Brotgetreidepreise schon seit längerer Zeit von der Regierung kontrolliert werden und daher keinen Gradmesser mehr für Angebot und Nachfrage abgeben. Immerhin zeigen, wenn man diese Umstände berücksichtigt, die Nachrichten von den englischen Märkten, daß die Futterm., Rind-, Schweine-, Eier- und Tee-Preise nicht nur eine außerordentliche Steigerung erfahren haben, sondern daß auch vielfach infolge der tatsächlichen Knappheit schlechterer Qualitäten dieser Waren zu höheren Preisen umgestuft wurden als vor der Seesperre die guten Qualitäten. Auch kann in allen Marktberichten der englischen Zeitungen die Besorgnis, daß eine weitere Verknappung der Zufuhren stattfinden werde, beunruhigend zum Ausdruck und es liegt damit eine außerordentliche Zurückhaltung der Verbraucher im Großhandel und ein Panikern des Publikums im Kleinverkauf ein.

Aber alle diese Erscheinungen weisen vorläufig noch auf Entzündungen hin, die erst in den eigentlichen Anfängen stehen, sich aber mit jeder Woche, welche die Seesperre andauert, progressiv steigern müssen. Die eigentlich uns am stärksten bedrohende Wirkung der Seesperre muß von allgemeineren Gesichtspunkten aus betrachtet werden. Wir sehen nämlich, daß im Monat Februar die Exporterlöse über den Tonnageamt, dessen Bestätigung das eigentliche Ziel der Seesperre bildet, geradezu den Mittelpunkt aller öffentlichen Diskussionen bilden. Hierbei ist ein Gegenpaar auffällig. Während einerseits von einzelnen amtlichen Persönlichkeiten Englands der Verlust gemacht wird, die Tonnagerlöse als relativ leicht für England hinzuzurechnen (Neben von Lord Curzon, Lord Bessford und Sir Edward Carson) wird auf der anderen Seite der Entzug der Tonnagerlöse zum Ausgangspunkt von neuen demokratischen Säulerungen gemacht. Schon hierin liegt ein merkwürdiger Widerspruch, der aber die Positionen, welche wir auf die Seesperre legen, noch bestätigt. Denn wenn wirklich den Engländern die Schiffverlusträfte keine erhebliche Sorge bereiten würden, wenn es wirklich möglich wäre, daß viele Tausende von Handelschiffen in der Lage wären, drei Wochen in britische Häfen einzuliefern, während nur wenige Hunderte verlorene wären, dann würden nicht die beiden englischen Köpfe Tag und Nacht über nachdenken, wie man durch Hebung der Eigenproduktion, durch einseitige Beschränkungen der Organikation, durch überaus empfindliche Maßnahmen zur Einschränkung des Verbrauchs in den folgenden der wachsenden Schiffsraumnot entgegenarbeiten könne. Die Lösung dieses Widerspruches finden wir in dem Augenblick, in welchem wir die englische Schiffsraumfrage nicht durch die Brille beherrschender englischer Minister betrachten. Wenn Sir Edward Carson angegeben hat, daß bei einem Hafenverkehr von 6075 eingelaufenen und 5873 ausgehenden Schiffen in der Zeit vom 1. bis zum 15. Februar nur 134 Schiffe auf Art verladen worden seien, so muß, um diese beispielhaft klingende Zahl zusammen zu bringen, jedes kleine und kleine Handelsfahrzeug mitgefaßt worden sein, das überhaupt imstande ist einen Hafen zu verlassen. Es kommt jetzt aber auf die Schiffe an, die den Verkehr zwischen England und dem Ausland vermitteln. Eine eingehende Berechnung auf Grund der vom englischen Handelsamt herausgegebenen Statistik ergibt nun, daß im Januar 1917, als noch der gesamte neutrale Verkehr nach England mitgehört, täglich etwa 80 Schiffe den englischen Verkehr mit dem Ausland bewältigten. Nach Bestial des größten Teils des neutralen Verkehrs kann man jetzt im Februar höchstens noch 70 Schiffe für den Ueberseeverkehr täglich gelten lassen. Das macht für 15 Tage 1050 Schiffe. Das Verhältnis 1200 zu 134 heißt, wenn auch in der Zahl 134 manche kleinen Fahrzeuge enthalten sein mögen, schon sehr viel weniger berußigend für England und Neutrale, die das Risiko der Fahrt dorthin laufen sollen, aus als die von Sir Edward Carson zum menschengehellen Ziffern. Es kommt aber noch hinzu, daß Sir Edward Carson falsch berichtet war, als er nur mit 134 Verlusten rechnete. Tatsächlich waren am 15. Februar abends schon etwa 200 Schiffe auf Art verloren. Der Ausfall an Schiffsraum ist aber nur die unmittelbare Wirkung der Seesperre. Wundvollens ebenso bedeutungsvoll ist das Fernhalten der neutralen

Schiffe aus den Seesperregebieten. Noch im Januar ist reichlich $\frac{1}{4}$ des einlaufenden und $\frac{1}{2}$ des auslaufenden Verkehrs der englischen Häfen von neutralen Fahrzeugen bewältigt worden. Die Seesperre hat nun diesen Verkehr fast völlig zum Aufhören gebracht.

Wenn man sich nun dieses Bild der englischen Schiffsraumfrage vor Augen hält, begreift man die tiefer liegende Gefahr, mit welcher England plötzlich eine Vorratsspolitik zu treiben sucht. Es ist die Seesperre hat anscheinend den englischen Ministern die Augen geöffnet und sie veranlaßt, die einzelnen wichtigen Produkte der englischen Warenexportation im Hinblick auf die Vorräte durchzugehen. Ein Ueberbild hierüber hat der Premierminister Mr. Lloyd George in seiner Rede am 24. Februar 1917 im Unterhaus gegeben, eine Rede, deren Leitlinie nur jedem einschlüssig werden kann, der sich über die Wirkungen der Seesperre auf Englands Kriegswirtschaft orientieren will.

Amächtig bekräftigte sich der Premierminister mit dem Satz, daß England, dessen Gewandungen drückte er sich aus, wenn er sagte, daß es ihm „durchaus nicht unwahrscheinlich“ sei, daß man in England „heute“ alles Holz, das man während des Krieges benötigt, bestimme, „auszuschöpfen“, daß die notwendigen Arbeitskräfte für das Holzguth und für den Transport vorhanden seien. Aber gerade an diesen notwendigen und zum Teil notwendigerweise geleiteten Arbeitskräften fehle es bedauerlicherweise. Ein zweiter Hauptpunkt des Artikels, das Eisen, sei, so führte Mr. Lloyd George aus, ebenfalls reichlich vorhanden, wenn man sich englischen Eisens, die minderwertigen englischen Eisenerze zu fördern. Aber auch dies schließe wiederum der Mangel an geleiteten Arbeitskräften aus. Schon jetzt herrsche in den höchsten Englands starker Arbeitermangel. Was nun die Nahrungsmittel angeht, so mußte sich Mr. Lloyd George zu dem Besonderen entscheiden: „Die Nahrungsmittelverhältnisse sind ungünstiger als in anderen Ländern, als sie es gewesen sind.“ Unter dieser Umkehrung verstehe er sich auf zwei Punkte, eine einseitige Einschränkung der Warenzufuhr von Brotgetreide und sonstigem Getreide für Brennereizwecke und Getreide. Der Premierminister berechnete, daß hierdurch England jährlich 600 000 Tonnen an Getreide verloren werde. Auch diese Exportsatz bedeutet, da England selbst unter Grundbelegung eines geringeren Verbrauches als jetzt mindestens 6 Millionen Tonnen allein an Weizen im Jahre benötigen würde, nur einen Bruchteil des Verbrauches, ganz abgesehen davon, daß die aus dem Getreide hergestellten Getränke doch auch neben dem Zusatzwert einen erheblichen Mehrwert repräsentieren. Was zur Sehung der heimischen Nahrungsmittelproduktion bisher von der englischen Regierung vorgehoben worden ist, erweist sich immer mehr als eine Utopie. Kein einflussreicher und mit den landwirtschaftlichen Verhältnissen in England vertrauter Volkswirtschaftler in dem Umkreise schärfen Weidelandes und in der Verarmung des Ostlandes angesichts des Mangels an finanziellen Mitteln die Möglichkeit einer wirklichen Produktionssteigerung sehen. Wenig mehr als die von Mr. Lloyd George vorgelegene Minimalschätzung für landwirtschaftliche Produktion von 25 Mark in der Woche, die eine Verminderung zur Rückkehr auf das Land bilden soll, liefert nur Mr. Kinnaman dahin kritisiert, daß 25 Mark in England im August 1917 nur der Kaufkraft eines Friedensjahres von etwa 15-16 Mark entsprechen, also durchaus keine besondere Anziehungskraft ausüben könnten, und der Sekretär des Royal Institute meinte in der Debatte, daß die von dem Premierminister genannten, den englischen Führern um Jahre hinaus garantierten Getreidepreise durchaus nicht eine übermäßige Erinnerung zum Umkreisen der Weiden bedeuten würden.

Wenn man die ganze Rede des englischen Premierministers zusammenfaßt, so kommt man immer wieder zu dem Schluß, daß man den Schaden der englischen Kriegswirtschaft nicht heilen kann, ohne einen anderen zu verschlimmern. Will man die Eigenproduktion auf einem bisher vernachlässigten Gebiete fördern, dann benötigt man geleitete Arbeiter, welche man dem Heere entziehen muß, ferner größere Transportmittel im Innern, die wiederum mehr Arbeit voraussetzen. Kann man aber die Produktion im Innern nicht steigern, ohne nicht die nötigsten Leistungen zu erbringen, so müssen die geistlichen Einkünfte abgeschafft, als überaus schwere Belastung der englischen Volkswirtschaft und der sozialen Klassen. Es müssen ja solche Einkünfte, wie z. B. der Tee-Einkauf und der Einkauf von Obst, ohne weiteres zu einer Preissteigerung der noch vorliegenden Nahrungsmittel führen. England kann also, weil es auf die Einfuhr angewiesen ist, immer nur das Verd in dem einen Vermehrungsfeld, indem es Stoff aus dem anderen Vermehrungsfeld herausnimmt. Dieses Problem ist im Monat Februar armerherziger hervorgetreten. Es mußte so kommen in dem Augenblick, wo die Zufuhr nach England ernstlich und dauernd bedroht wurde. Die gewaltigen und gewaltmächtigen Einströme der Regierung können hier nicht helfen. Erst seit dem Beginn der Seesperre ist diese Gefahr für England zur Gewissheit geworden.

weiteren Treffer auf dem Festland. Darauf drehte dieser ob und kam 8 Uhr nachmittags mit eindringender Dunkelheit aus Sicht.

Das U-Boot hat dann den Heimarmat angetrieben und ist unbedenklich in seinem Stützpunkte zu kurzer Wiederinstandsetzung eingetroffen.

Ein englischer Zerstörer gesunken.

WTB, London, 4. März. Die Admiralität teilt mit, daß am 1. März ein britischer Zerstörer mit der gesamten Besatzung in der Nordsee gesunken sei. Wahrscheinlich sei das Schiff auf eine Mine gelassen.

Die Praxis der Z. C. G.

Zu unserem Artikel vom 14. Februar erhalten wir folgende Zuschrift der Z. C. G., wir geben sie gerne wieder, trotzdem sie den Erfordernissen des Berichtsparagrafen, auf den sich die Z. C. G. bezieht, nicht vollkommen entspricht.

Die Z. C. G. schreibt:

An den

Verantwortlichen Schriftleiter der „Saale-Zeitung“,

Herrn Siegfried Dyt.

Salle a. d. E.

In Nr. 75 der „Saale-Zeitung“ vom 14. Februar 1917 veröffentlichen Sie einen Artikel unter der Ueberschrift: „Die Praxis der Z. C. G.“ Auf Grund des § 11 des Preisgesetzes fordern wir Sie auf, die nachfolgende Berichtigung in Ihrem Blatte zu veröffentlichen:

Der in dem französischen Artikel zuerst mitgeteilte Fall der Beschlagnahme von Speiseöl betrifft nicht die Z. C. G., sondern den „Kriegsausfluß für pflanzliche und tierische Oele und Fette“.

Was dem zweiten Fall betrifft, so ist folgendes zu bemerken:

Die fraglichen 900 Kisten Bäcklinge mußten nach den gesetzlichen Bestimmungen (Bestandmachung des Reichsanstalters vom 30. September 1916, veröffentlicht am 7. Oktober 1916) beschlagnahmt werden. Zur Vermeidung von Härten bestimmte die Z. C. G., daß die bis zum Ablauf des 7. Oktober gekauften Waren zur Einfuhr freigegeben werden sollten, falls sie bis zum Ablauf des 11. Oktober 1916 bei der Z. C. G. angemeldet werden würden. Die Anmeldung der fraglichen 900 Kisten Bäcklinge war aber verspätet, nämlich erst am 28. Oktober 1916 erfolgt, ganz abgesehen davon, daß der Kaufabschluß, als bis zum 7. Oktober getätigt, nicht einwandfrei nachgewiesen wurde. Die Z. C. G. hat für die Bäcklinge einen Uebernahmepreis von 28 Mark bezahlt. Wenn die Firma, die die fraglichen 900 Kisten Bäcklinge eingeführt hat, in Holland einen höheren Preis angeboten hätte, so war die Z. C. G. nicht in der Lage, ihn diesen Preis zu bezahlen. Der Preis von 28 Mark entsprach ungefähr demjenigen Durchschnittspreise, der von dem deutschen Handel für gleichartige Ware vor dem 8. Oktober 1916 in Holland durchschnittlich bezahlt wurde.

Es ist unklar, daß die Z. C. G. durch ihre Zweigbüroverfassung, den Provinzial-Einkauf-Gesellschaften, die Bäcklinge drei Tage später zum Preise von 66,50 Mark zum Kauf angeboten habe. Daß ihr vielmehr, daß die Z. C. G. die beschlagnahmten Bäcklinge zunächst dem Magazinar Halle anbot, und als dieser ablehnte, sie der nächstgelegenen Bezirkszentrale in Leipzig, der Einkaufsgesellschaft für Meißnische (die übrigens ebenfalls wie die übrigen Bezirkszentralen eine Zweigbüroverfassung der Z. C. G. ist) verkaufte, und zwar zum Preise von 38,76 Mark, abzüglich 1 Prozent, so daß also die Z. C. G. lediglich einen Aufschlag von 1 Prozent berechnet hat. Die Bezirkszentrale Leipzig hat demnach die Ware mit einem Aufschlag von 1 Prozent an die südliche Lebensmittel-Vorversorgungsgesellschaft in Leipzig abgegeben und die letztere hat die Bäcklinge an den Leipziger Großhandel, zur Abgabe an den Leipziger Kleinhandel verkauft. Nach Angabe der Bezirkszentrale Leipzig ist der Verkauf seitens der Lebensmittel-Vorversorgungsgesellschaft Leipzig in durchaus korrekter Weise vorgenommen worden. Dem Großhandel wurde ein Nutzen von nicht mehr als durchschnittlich 1 Mark für die Kiste zugeflossen, dem Kleinhandel allgemeine Richtlinien für den von ihm zu machenden Nutzen vorgezeichnet. Im übrigen ist die Z. C. G. für die Unterverteilung in den Bezirken der Bezirkszentralen und Stadtmagazinen nicht zuständig.

Die Z. C. G. ist in der Lage, nachzuweisen, daß sie die sämtlichen von ihr beschlagnahmten Bäcklinge durchweg lediglich mit einem Aufschlag von 2 Prozent, allenfalls von drei Prozent (je nach der Höhe der einkaufenden Kosten) und zwar ausschließlich an die Deutschen Bezirkszentralen und Kommunalverwaltungen, niemals jedoch unmittelbar an den Handel abgegeben hat.

Was den an dritter Stelle erwähnten Fall der Beschlagnahme von 40 Kisten gepoelter Butter betrifft, so wurde der Firma, die diese Ware einführen wollte, in Anlehnung an die Marktpreise ein durchaus angemessener Preis zugeflossen.

Zentral-Einkaufsgesellschaft mit beschränkter Haftung, Folge Unterzeichner.

Zu dieser Ausstellung bemerken wir, daß es formell richtig ist, wenn die Z. C. G. den ersten Fall nicht ganz zu ihrer Zuständigkeit rechnet. Es war aber auch in dem Artikel von dem Kriegsausfluß die Rede. Jedenfalls bestehen die Tatsachen und die daran geknüpften Bemerkungen bestehen. Beim zweiten Fall stellt die Z. C. G. in ihrer Berichtigung selbst fest, daß die dem Großhandel zum Preise von 38 Mark abgenommenen Bäcklinge mit einem Aufschlag von 1 Prozent weiter verkauft seien und dann von den Käufern mit weiterem Preisaufschlag an das Publikum abgegeben wurden. Darüber, ob die Preise für den Handel bei der Beschlagnahme seiner Waren richtig festgelegt werden, gibt es in Handelskreisen nur eine Stimme. Die bisherige Praxis macht es dem Handel zum Schaden der Volksernährung beinahe unmöglich, Nahrungsmittel heranzuschaffen. Im übrigen wird die Gelegenheit jetzt vom Handelsministerium untersucht und in der Sanftausstellungskommission demnächst weiter behandelt werden. Wir haben nur die uns von vertrauenswürdiger Seite mitgeteilten Fälle, die auch Herr Abgeordneter Darius weitergegeben hat, angeführt und müssen uns für später vorbehalten, darauf zurückzukommen. Ebenfalls können wir schon heute feststellen, daß der schädigsten Firma ein Schreiben des hiesigen Magazinars vorliegt, daß ihm (dem Magazinar) Bäcklinge damals von der Z. C. G. nicht angeboten worden sind und er sie deshalb auch nicht abnehmen konnte.

Kampf zwischen U-Boot und U-Boot-Jäger

Ueber das in der amtlichen Berichterstattung des Admiralsstabes vom 2. März gemeldete Zusammenstoßen eines unserer Unterboote mit einem als U-Boot-Halle bezeichneten Landdampfer und über den Kampf des U-Bootes mit einem U-Boot-Jäger der Fogelove-Klasse werden nachstehende Einzelheiten bekannt:

Das U-Boot startete am 22. Februar gegen 2 Uhr nachmittags an der irischen Südküste einen Landdampfer mit ca. 3000 Briten-Registertonnen. Als der Dampfer unter Artilleriefeuer genommen wurde, stoppte er und blies Dampf ab, worauf die Besatzung in zwei Booten das Schiff verließ. Das Unterboot tauchte und ging unter Wasser an den Dampfer, bei dem zunächst seine Bewaffnung zu erkennen war, heran. Als die Boote sich etwa 1000 Meter von dem Dampfer entfernt hatten, tauchte das U-Boot so auf, daß sich diese zwischen ihm und dem Dampfer befanden. Die Schiffsboote waren besetzt, von dem U-Boote wegzuwerden. Plötzlich eröffnete der Dampfer das Feuer aus drei Geschützen, wobei das sofort reagierende Boot einige Treffer erhielt, außerdem wurden aus den Schiffsgeschützen des Dampfers zwei Wasserbomben gemeldet, die im Vereine mit den vorerwähnten Treffern Beschädigungen und Störungen an einigen wichtigen Apparaten auf dem U-Boote zur Folge

hatten. Infolge der entstandenen Panarien war es dem Boote nicht möglich, sich auf die Dauer unter Wasser zu halten. Es tauchte deshalb kurz nach 3 Uhr wieder auf. Die Geschütze des Unterbootes wurden sofort besetzt.

Die U-Boot-Halle, die zu diesem Zeitpunkt etwa 2500 Meter entfernt war, eröffnete erneut das Feuer; die Geschütze schlugen rings um das Unterboot herum. Das Feuer wurde sofort erwidert. Als die Entfernung zwischen U-Boot und der Halle 500 Meter betrug, kam an der Steuerbordseite des U-Bootes ein feindlicher Zerstörer in Sicht, welcher auf 8000 Meter in das Gesicht einstrich. Der Zerstörer, welcher als der Fogelove-Klasse gehörig erkannt wurde, begann bald den Geschützeinschüssen des U-Bootes auszuweichen, erhielt zwei Treffer und vergrößerte die Entfernung. Während des Gefechtes gelang es, den Kommandanten des U-Bootes abzubilden und allmählich die meisten Geschützeinschüsse zu beseitigen. Verfolgt von dem Zerstörer, ließ das U-Boot mit lächelndem Ansehen die irischen Südküste ab, während der Landdampfer allmählich aus Sicht kam. Dant der vorgenommenen Reparaturen war das U-Boot wieder instand, wodurch es möglich wurde zu können. Nachdem eine Leistung der Fogelove-Klasse in großer Entfernung das Feuer eingestellt hatte, eröffnete er auf 7000 Meter heranzukommen — es fuhr zur Sonnenuntergang wieder. Bei der Gegenüberkunft erzielte das U-Boot einen